Ressort: Politik

Bundesjustizministerium fordert Insolvenzabsicherung von Airlines

Berlin, 05.02.2019, 17:02 Uhr

GDN - Angesichts der Insolvenz von Germania macht sich das Bundesjustizministerium für eine europaweite Pflicht der Airlines zur Insolvenzabsicherung stark. "Die erneute Insolvenz einer Airline zeigt, dass wir auch für Flugreisende, die nicht pauschal gebucht haben, eine Insolvenzabsicherung brauchen", sagte Staatssekretär Gerd Billen dem "Handelsblatt" (Mittwochausgabe).

Ein nationaler Alleingang komme aber aus Gründen des EU-weiten Wettbewerbs nicht infrage. "Wir müssen hier eine gesamteuropäische Lösung finden." Diese erfordere jedoch einen Vorschlag der EU-Kommission. Billen erinnerte daran, dass das Bundesjustizministerium die Insolvenz Air Berlins im August 2017 zum Anlass genommen habe, in Brüssel mit Nachdruck für eine Lösung auf europäischer Ebene zu werben. "Ging es nach mir, könnte das schneller gehen, aber ich bin froh, dass auf den Nachdruck Deutschlands hin sich die EU-Kommission nun des Themas annimmt", sagte er. Bis Oktober 2019 sollen laut Billen die Ergebnisse einer Studie aufzeigen, welche Möglichkeiten zur besseren Insolvenzsicherung ergriffen werden können. "Gemeinsam mit den beteiligten Ressorts werden wir daran arbeiten, das Thema weiter voranzutreiben", sagte der Staatssekretär.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-119609/bundesjustizministerium-fordert-insolvenzabsicherung-von-airlines.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619